

Grundsteuer im Ostteil Berlins wird noch teurer als erwartet

Schnell umsetzbare Vorschläge zur Problemlösung liegen auf dem Tisch

Gastbeitrag von Christian Gräff



Christian Gräff ist Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses, Fraktion CDU.

Bereits kurz nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Neuregelung der Grundsteuer war klar, dass es Länder geben wird, die ein einfacheres und gerechteres Berechnungsmodell wählen werden, als es Berlin vorhat. Bayern zum Beispiel hat mit dem Modell, die Berechnung weiterhin an der Grundstücks- und Gebäudegröße festzumachen, für die eigenen Bürger wieder einmal das Beste rausgeholt.

Da bereits zum Zeitpunkt der Entscheidung des neuen Gesetzes im Deutschen Bundestag klar gewesen ist, dass es durch das sogenannte Wertmodell zu erheblich höheren Grundsteuerbescheiden kommen würde, wollen auch andere Bundesländer, wie etwa Niedersachsen, mit regional differenzierten Flächen-Lage-Modellen erreichen, dass die Werte für Einfamilienhäuser in den Stadtrandgebieten nur moderat steigen. Das wäre insbesondere für die neuen Bundesländer auch dringend geboten. Einführen könnten diese Modelle auch alle anderen Bundesländer.

In Berlin hat die Regierungskoalition aus SPD, Grünen und Linken diesen Weg

bedauerlicher Weise nicht übernommen, sondern den, wie ich finde oft ideologisch geprägten Klassenkampf gegen das Eigentum – Stichwort Enteignungen – weitergeführt und es fehlt insbesondere auch der notwendige Respekt vor der Lebensleistung des selbstgeschaffenen Eigentums von Einfamilienhausbewohnern. Das zeigt sich in Bezug auf die Grundsteuer ganz klar schon allein daran, dass es die 2021 wieder ins Amt gewählte Koalition nicht einmal für nötig hielt, die Hausbesitzer wenigstens anzuschreiben und über die neue Berechnung und das Meldeverfahren zu informieren. Die anderen Bundesländer haben das ganz selbstverständlich getan.

Genau das, was der ehemalige Finanzsenator Matthias Kollatz auf einer vom VDBG durchgeführten Veranstaltung im Jahr 2019 angekündigt hatte, ist nun auch eingetreten: Die ersten Bescheide zur Grundsteuer zeigen, dass es für Einfamilienhausbesitzer, aber auch für Erbbaupachtgrundstücke im Ostteil Berlins massiv teurer wird.

Doch noch ist das Kind nicht endgültig in den Brunnen gefallen, um es einmal umgangssprachlich zu sagen – auch im schon laufenden Verfahren. Neben dem Vorschlag des VDBG gibt es nun auch einen konkreten Gesetzentwurf einer Fraktion im Berliner Parlament. Die CDU-Fraktion hat als einzige Fraktion einen sehr detaillierten und gut begründeten Antrag innerhalb des wertebasierten Modells erarbeitet, mit der man die Grundsteuer wesentlich gerechter aufteilen kann – wenn man denn wirklich will!

Der Vorschlag setzt sich aus den folgenden wesentlichen Komponenten zusammen:

1. Es werden Freibeträge für Kleinsteigentümer festgesetzt: der Messbetrag ist bis zu einem Wert von 300.000 Euro

um 40 % zu kürzen, zwischen 300.000 und 500.000 Euro um 25 % zu kürzen und zwischen 500.000 Euro bis zu 750.000 Euro um 15 % zu kürzen.

2. Es soll eine Härtefallregelung zum Beispiel für Rentner geben, die höhere Beiträge nicht zahlen können.
3. Die Steuermesszahl kann dann später durch das Land Berlin ebenfalls geändert werden.

Das Gute an dem Vorschlag ist, dass er ganz einfach durch das Land Berlin beschlossen werden kann. Er liegt fix und fertig auf dem Tisch und könnte schon morgen beschlossen werden – wenn er eine parlamentarische Mehrheit finden, spricht, auch Rot-Grün-Rot mitziehen würde. Von der SPD, die dieses Wertmodell ja auf Bundesebene entwickelt hat und den m. E. vorrangig auf die Innenstadt fokussierten Grünen ist das wohl nicht zu erwarten. Enttäuschend für die vielen betroffenen Bürger ist sicher, dass die Linke auf Landesebene sich klar dagegen positioniert und damit auch deren eigene Vertreter in den Wahlkreisen der Siedlungsgebiete düpiert.

In Berlin gibt es nun – Glück im mehr als unerfreulichem Unglück – durch die notwendig gewordene Wiederholungswahl am 12. Februar die Möglichkeit, diese ungerechte Besteuerung noch zu verhindern. Meine persönliche Haltung dazu als direkt gewählter Abgeordneter in einem Siedlungsgebiet ist ganz klar: Ich werde persönlich keiner politischen Zusammenarbeit in Berlin zustimmen, bei der es keine gerechte Grundsteuer für den Ostteil der Stadt gibt. Und das wünsche ich mir von allen im Ostteil der Stadt zur Neuwahl antretenden Abgeordneten, ganz gleich, welcher demokratischen Partei sie auch angehören. | Christian Gräff

Gastbeitrag

Anzeige



Hohlwand



PERLI-FILL
Mineralkörnung



Hohlwanddämmung
FILL - IT Dämmtechnik GmbH
Flottenstr. 60, 13407 Berlin
Telefon: 030 – 411 80 24
natürlich dämmen

www.fill-it.de